

Die Logik der Klimapolitik (3)¹

Nationale Alleingänge oder globales Scheitern

In Sachen Klimaschutzpolitik kommt das Problembewusstsein natürlich von Land zu Land so unterschiedlich voran wie in anderen Politikbereichen auch. Dennoch tut die bisherige internationale Klimapolitik so, als könne sie von einem annähernden globalen Gleichstand des Problembewusstseins ausgehen. Anders wäre nicht erklärbar, dass die UNO einen politischen Prozess zu koordinieren versucht, der einen tragfähigen globalen Konsens über nachhaltigen Klimaschutz herbeiführen soll. Ein solcher Konsens könnte nur zustande kommen, wenn tatsächlich alle Staaten und Regierungen im Problembewusstsein einigermaßen gleichauf wären. Solange dies nicht so ist, könnte ein globaler Klimakonsens sich nur am niedrigsten Stand einzelstaatlichen Problembewusstseins orientieren. Dass in der Klimapolitik mittlerweile jahrzehntelang weltweit das Allernötigste versäumt wurde, ist nicht zuletzt hierin begründet. Ein Ereignis wie der gescheiterte Kopenhagener Klimagipfel sollte helfen, der politischen Öffentlichkeit diesen Zusammenhang nahezubringen.

Die unterstellte Notwendigkeit eines globalen Konsenses ist auch für Länder mit vergleichsweise hohem Problembewusstsein eine willkommene Ausrede für klimapolitische Unterlassungen. Solange politische Verantwortungsträger zur eigenen Entlastung auf das rückständige Bewusstsein fremder Staatsführungen verweisen können, reagieren sie auf die globalen Versäumnisse in diesem Bereich mit kaum mehr als rhetorischem Bedauern. Man erkennt ansatzweise die Dramatik des Scheiterns an, eines Scheiterns vor allem zulasten kommender Generationen², aber man nimmt dies als weitgehend unabänderlich hin.

Einer der Gründe hierfür ist, dass Problembewusstsein noch nicht zu moralischer Einsicht führt. Moralisch ließe sich im Rahmen einer globalen Klimapolitik allein eine konsequente Pro-Kopf-Regel für klimaschädliche Immissionen rechtfertigen. Weltweit wäre demnach jedem Menschen ein gleich hohes bzw. gleich geringes Immissionsrecht zuzubilligen, und zwar für die Zukunft wie auch rückwirkend. Ländern, die schon bis zur Gegenwart ihre moralischen Immissionskontingente

¹ S. hierzu auch *Die Logik der Klimapolitik* und *Die Logik der Klimapolitik (2)* im reformforum-neopolis (http://www.reformforum-neopolis.de/files/logik_der_klimapolitik.pdf und http://www.reformforum-neopolis.de/files/logik_der_klimapolitik_2.pdf)

² S. hierzu auch *Unterlassene Hilfeleistung für kommende Generationen - die neue Kollektivschuld?* im reformforum-neopolis (http://www.reformforum-neopolis.de/files/unterlassene_hilfeleistung_f_r_kommende_generationen_-_die_neue_kollektivschuld.pdf)

überzogen haben, stünden demnach in der Zukunft die niedrigsten Pro-Kopf-Kontingente zu. Ländern, die sich bisher kaum schädliche Immission haben zuschulden kommen lassen, wären für die Zukunft entsprechend höhere Kontingente zuzubilligen.

Die Anerkennung solcher plausiblen moralischen Regel durch die hoch entwickelten Länder würde einen globalen klimapolitischen Konsens wesentlich erleichtern. Sie würde aber, was viel wichtiger wäre, auch ohne einen solchen Konsens entscheidenden Fortschritten den Weg ebnen. Nach dieser Regel nämlich wären es die hoch vorbelasteten, also die wirtschaftlich hoch entwickelten Länder, die mit drastischen Immissionsreduzierungen in Vorleistung zu treten hätten. Erst wenn solche Reduzierungen unumkehrbar auf den Weg gebracht wären, könnten diese Länder in Sachen Klimamoral dem Rest der Welt auf gleicher Augenhöhe begegnen. Eines globalen Konsenses über den klimapolitisch einzuschlagenden Weg bedürfte es bis dahin nicht.

Klimaprotektionismus - ein globales Vorbild?

Regierungen hoch entwickelter Staaten versuchen noch immer, solches Vorgehen als einseitige Vorleistung und als ungerechtfertigtes klimapolitisches Zugeständnis zu deklarieren. Das Gegenteil aber wäre richtig. Die vermeintliche Vorleistung wäre nur eine moralisch überfällige Kompensation für klimapolitisches Fehlverhalten in Vergangenheit und Gegenwart.

Gegen solche vermeintlichen Vorleistungen im Klimaschutz werden aber auch ganz andere, vor allem ökonomische Gründe vorgebracht. Klimapolitische Alleingänge einiger weniger Länder werden als ungerechtfertigte Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit dargestellt, also als inakzeptable Benachteiligung ihrer inländischen Hersteller auf dem Weltmarkt. Richtig hieran ist, dass Klimaschutzauflagen die Produktionskosten erhöhen und daher der Wirtschaft eines Landes zumindest erhöhte strukturelle Anpassungsleistungen abverlangen. Bisher will offenbar kein Staat solche Anpassungsprozesse bedingungslos in Kauf nehmen, auch wenn der moralische Gewinn generationenlang zu Buche schläge. Man missgönnt Staaten, die klimapolitisch weiter sündigen, den damit verbundenen vorübergehenden Wettbewerbsvorteil.

Diese Sicht der Dinge ist aber nicht nur moralisch fragwürdig, sie geht auch ökonomisch fehl. Kein Land müsste nämlich die Verluste an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, die sich aus klimapolitischen Alleingängen ergeben könnten, tatenlos hinnehmen. Aus solchen Alleingängen ließe sich zumindest auf längere Sicht sogar wirtschaftlicher Gewinn ziehen.

Nationale Klimaschutzauflagen erhöhen zwar die Produktionskosten heimischer Hersteller, aber die daraus resultierenden Wettbewerbsnachteile ließen sich durch

Importrestriktionen größtenteils kompensieren. Länder, die mit solchen Auflagen vorangehen, könnten für klimaschädlich hergestellte Importprodukte hohe Zölle erheben, und sie könnten natürlich auch den Import solcher Produkte vollends untersagen. Dies wäre nicht nur moralisch gut begründet, sondern es würde auch heimische Hersteller für den Verlust von Exportchancen mindestens teilweise entschädigen. Ein solches Vorgehen wäre umso erfolgversprechender, je mehr Länder sich daran beteiligten. Desto größer nämlich wäre der Markt, auf dem klimaverträgliche Produkte vor unfairer Importkonkurrenz geschützt werden und heimische Hersteller daher ihre Marktanteile ausweiten könnten.

Mit einer solchen Politik könnten klimapolitische Vorreiterstaaten auf ihren inländischen Märkten Kosten- und Preisstrukturen vorwegnehmen, wie sie sich irgendwann später ohnehin einstellen würden, sei es durch eine verspätete globale Klimaschutzpolitik oder durch die zunehmende Knappheit nichtregenerativer Energieträger. Die frühzeitige Anpassung an diese Kosten- und Preisstrukturen würde diesen Ländern längerfristig einen technologischen Vorsprung beschere. Sie wären besser als andere für eine Zukunft erzwungener Klimaverträglichkeit gerüstet, und zwar in der Energieerzeugung, in Herstellverfahren, im Konsumverhalten, im Verkehr, in der Gebäudebeheizung, in den Siedlungsstrukturen und vielem anderen.

Ein solcher Klimaprotektionismus, eine solche Abschottung heimischer Märkte also gegen klimaschädliche Produkte, mag politisch vorerst noch fast utopisch erscheinen. Selbst wenn einzelne Regierungen eine solche Politik ankündigten, würde dies beim vorherrschenden politischen Bewusstseinsstand vermutlich nicht einmal sehr ernst genommen. Dass aber für eine solche Politik nicht nur moralische, sondern auch eigennützige ökonomische Gründe sprechen, lässt doch auf einen allmählichen Bewusstseinswandel in dieser Frage hoffen. Nicht auszuschließen ist daher auch, dass in absehbarer Zukunft klimaprotektionistische Maßnahmen - reale und auch nur angedrohte - Wirkung entfalten. Dadurch könnten sich dann auch Staaten, die hierzu noch nicht aus eigener Einsicht fähig sind, zu klimaverträglicherem Wirtschaften veranlasst sehen. Auf längere Sicht würde dadurch sogar ein weitgehender globaler klimapolitischer Konsens erleichtert, auch wenn viele Staaten eher unfreiwillig darin einwilligen würden.

Vorerst ist allerdings weiter mit allseitiger Ablehnung klimaprotektionistischer Maßnahmen zu rechnen, und zwar aus praktischen wie aus ideologischen Gründen. Man scheut sich vor dem damit verbundenen administrativen Aufwand, man scheut sich vor dem politischen Einzelgängertum, in das ein Staat sich mit solchen Maßnahmen zeitweilig begeben könnte, und man scheut sich prinzipiell vor der Errichtung neuer Handelsschranken. Die herrschenden Dogmen von Freihandel, von Bürokratieabbau und von der Einbindung in zwischenstaatliche Willensbildung sind eben immer noch viel stärker als die Überzeugungen in Sachen Klimaschutz.

Das herrschende Freihandelsdogma beispielsweise rührt aber aus Zeiten her, in denen es ein Klimaschutzproblem noch nicht gab, und daher verkennt es dieses Problem. Wenn Produzenten sich mit unmoralischen Mitteln wie unterlassenem Klimaschutz Kostenvorteile auf internationalen Märkten verschaffen können, ist ein Freihandelsdogma, dass solche Zusammenhänge ignoriert, schlicht unmoralisch. Wer dem Klimaschutz den gebührenden moralischen Vorrang einräumen will, muss sich daher auch in Fragen wie Freihandel, Bürokratie und zwischenstaatlicher Kooperation vor dogmatischem Festhalten an alten Werturteilen hüten.

Klimaprotektionismus in der Praxis

Es trifft sicher zu, dass konsequenter Klimaschutz erheblichen bürokratischen und administrativen Aufwand für Staat und Wirtschaft zur Folge hat. Wollte ein Land wirklich Vorreiter in Sachen Klimaschutz sein, müsste es für alle importierten - und natürlich auch für heimische - Produkte ein nachprüfbares Zertifikat verlangen, das die Klimaverträglichkeit in Herstellung und Gebrauch bescheinigt. Es müsste dementsprechend strenge Importkontrollen praktizieren, und es müsste sicher auch manche Freihandelsabkommen in ihrer bisherigen Form aufkündigen, auch wenn diese lange als kostbare politische Errungenschaft gegolten haben. Diese Nachteile aber wären im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung eines Landes völlig unbedeutend. Vor allem wären sie auch geringfügig im Vergleich zu den weltweiten Schäden, die durch Aufschub und Unterlassung von Klimaschutz verursacht werden.

Richtig ist allerdings auch, dass wirtschaftlich einschneidende Maßnahmen zum Klimaschutz nicht von heute auf morgen in Kraft gesetzt werden sollten. Noch bestünde hierzu aber auch kein Grund. Noch wäre ein allmählicher, in den wirtschaftlichen Folgen kontrollierter Übergang in klimaverträgliches Wirtschaften möglich. Noch wären daher auch abrupte Wohlstandseinbrüche vermeidbar, wie sie sich als Folge späterer klimapolitischer Notbremsungen unvermeidlich einstellen würden. Noch müssten Zölle und Steuern auf klimaschädliche Güter nicht abrupt vervielfacht und noch müssten strenge Import-, Produktions- und Gebrauchsverbote nicht abrupt in Kraft gesetzt werden. Noch wäre in diesen Fragen genug Zeit für Übergangsregelungen, die sich über ein paar Jahrzehnte erstrecken. Weil aber der Übergang umso schonender gestaltet werden kann, je eher damit begonnen wird, kann der Anfang nicht früh genug gemacht werden. Länder, in denen diese Erkenntnis reift, hätten daher möglichst rasch klimapolitische Vorreiterrollen zu übernehmen und klimaprotektionistische Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Die institutionelle Frage

Selbst wenn einige Staatführungen grundsätzlich hierzu bereit wären, bliebe doch noch das Problem, dass in Sachen Klimaschutz Politik noch viel langfristiger angelegt

sein müsste und auf die Ankündigung von Maßnahmen viel langfristiger Verlass sein müsste als in anderen Politikbereichen. Produzenten müssten sich verlässlich darauf einstellen können, wie sie in kommenden Jahrzehnten produzieren und was sie wohin exportieren dürfen, und Konsumenten darauf, wie sie auf lange Sicht wohnen, Verkehrsmittel nutzen und wie und was sie auf lange Sicht konsumieren dürfen. Schon hiermit, mit der Glaubwürdigkeit langfristiger klimapolitischer Ankündigungen, wären herkömmliche, also nicht-neokratische Staatsführungen und herkömmliche zwischenstaatliche Koordinationsverfahren weit überfordert. Selbst ein wachsendes Problembewusstsein wäre daher noch keine Garantie dafür, dass einzelne Länder tatsächlich eine politische Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz einnehmen und sich dabei klimaprotektionistischer Konzepte bedienen würden. Umso dringender wären in den potentiellen Vorreiterstaaten daher neokratische Reformen, aus denen geeignete Institutionen für klimapolitische Entscheidungsprozesse hervorgehen.

01 – 2010

www.reformforum-neopolis.de